

PARTEILEHRJAHR aktuell

Informationen zu Themen des Monats

Neue Ideen...

(Fortsetzung von Seite 4)
B an. Damit kommen wir dem Ziel näher, den Hochschullehrer...

Bei der Entwicklung der Forschungsarbeit kamen wir u. a. weiter den Zusammenhang zwischen Lehr-, Erziehungs-, Forschungs- und Kaderentwicklungsprozessen einheitlicher zu gestalten...

Das bisher Erreichte kann aber noch nicht das maximale Mögliche sein. Worauf kommt es uns deshalb bei der weiteren Wettbewerbsfähigkeit in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag unserer Republik unter anderem an? In der lehrkonzeptionellen Arbeit müssen wir stärker die neuen Bedingungen und Anforderungen berücksichtigen...

Doz. Dr. sc. ERHARD JÜNGER, BGL-Mitglied der Sektion ML und der Wettbewerbskommission beim Kreisverband der Gewerkschaft Wissenschaft

Zum Wesen des Gesetzes

Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus bringt die auf dem kapitalistischen Privateigentum, der Konkurrenz und Anarchie beruhende Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung der einzelnen Unternehmen, Industriezweige und Länder zum Ausdruck.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung liegt im Wesen der kapitalistischen Produktion begründet. Karl Marx wies darauf hin, daß „überhaupt keine kapitalistische Produktion möglich“ wäre, „wenn sie in allen Sphären gleichzeitig und gleichmäßig sich entwickelten“ (1). Diesen Gedanken weiterentwickelnd, formulierte W. I. Lenin: „In keinem kapitalistischen Land, in keinem Wirtschaftszweig gibt es eine gleichmäßige Entwicklung, und (unter der Herrschaft des Marktes) kann es eine solche auch nicht geben, anders als sprunghaft, im Zickzack, bald mit raschen Schritten vorwärtstend, bald vorübergehend unter das frühere Niveau zurücksinkend, kann sich der Kapitalismus nicht entwickeln“ (2). Wie ist diese objektive Gesetzmäßigkeit der Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung im Kapitalismus zu begründen?

Die einzelnen Unternehmen entwickeln sich bereits unter der Wirkung der Konkurrenz innerhalb eines Wirtschaftszweiges ungleichmäßig. Einzelne machen Sprünge nach vorn, was andere wiederum zurückwirft und zu verstärkter Akkumulation veranlaßt. Diese Ungleichmäßigkeit setzt sich ebenfalls innerhalb einer Volkswirtschaft, d. h. innerhalb der verschiedenen Wirtschaftszweige eines kapitalistischen Landes, und zwischen den Volkswirtschaften kapitalistischer Länder fort. Die unterschiedliche Akkumulationskraft infolge unterschiedlicher Ausbeutungsraten in den einzelnen Wirtschaftszweigen eines Landes und in den einzelnen Ländern sowie die unterschiedlichen Möglichkeiten einzelner Länder zur Aneignung und Anwendung wissenschaftlich-technischer Neuerungen sind wesentliche, bei weitem aber nicht die einzigen Ursachen dieser Ungleichmäßigkeit.

Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung ist allen Entwicklungsprozessen des Kapitalismus eigen. Es wirkt jedoch besonders stark im Imperialismus. In der gesamten vor-monopolistischen Periode des Kapitalismus war England die führende Industrienation, die „Weltstadt der Welt“. Erst im monopolistischen Stadium des Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Deutschland, die USA und einige andere Länder rascher als England und verkürzten den Vorsprung wesentlich bzw. überholten England. Das Ge-

SEMINAR zur Leninschen Theorie über den Imperialismus

... zwei widerstreitende Tendenzen verflochten sich

setzt schließt demzufolge eine relative Annäherung des Entwicklungsstandes der führenden kapitalistischen Stufen ein und führt zu einem ständigen Wechsel in der Kräftekonstellation dieser Länder. Die Errichtung des imperialistischen Kolonialsystems, die imperialistischen Kriege und vor allem die Weltkriege verstärkten ihrerseits die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung.

Zur Dialektik von Rivalität und Zusammenarbeit zwischen den imperialistischen Zentren

Nach dem zweiten Weltkrieg erlangten die USA die uneingeschränkte Herrschaft im kapitalistischen Weltsystem, die sie bis Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre auch behaupteten. Westeuropa und Japan entwickelten sich aber rasch zu relativ selbständigen imperialistischen Machtzentren. Der Weltmarkt der USA wurden dadurch Grenzen gesetzt. Es trat sowohl eine erhebliche Verschärfung der Rivalität zwischen den nunmehr drei imperialistischen Machtzentren als auch ein verstärkter Zusammenhalt zwischen ihnen ein. Einerseits haben wir das Aufeinanderprallen ökonomischer, politischer und militärischer Interessen und andererseits gleichzeitig Versuche, auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie die bestehenden Widersprüche einzudämmen. Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus setzt sich deshalb in der Gegenwart über die Wirkung zweier widerstreitender Tendenzen durch: einer trennenden, zentrifugalen, die zur Stärkung der Widersprüche führt, und einer vereinigenden, zentripetalen, die zur Beseitigung der imperialistischen Machtzentren unumgänglich macht. Diese beiden Tendenzen verflochten sich und wirken gleichzeitig. Sie werden von einer Mehrzahl Faktoren bestimmt und beeinflusst.

Wesentliche Faktoren, die heute die zentrifugale Tendenz fördern, sind u. a.:
1. Die Verschärfung der monopolistischen Konkurrenz. Diese führt unter den Bedingungen der enger werdenden Grenzen des Kapitalismus zur wachsenden Differenziertheit der Interessen der Monopolbourgeoisie in den drei Machtzentren.
2. Die gewachsene Krisenhaftigkeit und Labilität des kapitalistischen Systems in den 70er und 80er Jahren vertieft im Zusammenwirken mit den Strukturkrisen die Konflikt-

geintheit zwischen den imperialistischen Zentren und verstärkt in ihnen den Trend nach ökonomischem Nationalismus.

Die wesentlichen Verschiebungen in der Kräftekonstellation zwischen den drei Machtzentren des Imperialismus haben objektiv ihren Kampf um die Aufteilung der Einflußsphären verschärft. Dieser Kampf wird härter denn je zuvor geführt auf den Warenmärkten, wie im Bereich der Währungs- und Finanzbeziehungen, des Kapitalexports, der Fertigung und des Zugangs zu Energie- und Rohstoffressourcen.
Die Politik der USA zur Wiederherstellung ihrer Alleinherrschaft in der kapitalistischen Welt trägt in erheblichem Maße zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den drei Machtzentren bei.

THEMA 4: Das Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Gegenwart. Das Wechselverhältnis von Rivalität und Zusammenarbeit zwischen den imperialistischen Mächten.

- Das gleichzeitige Streben der drei Machtzentren nach Einbeziehung anderer Regionen der kapitalistischen Welt in ihre ökonomische und politische Einflußsphäre führt zu einer ständigen Kraftprobe zwischen ihnen.
Als Faktoren, die als Antrieb für die zentripetalen Kräfte in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den drei Machtzentren von Bedeutung sind, seien u. a. genannt:
1. Die Gemeinsamkeit der strategischen Ziele im Kampf gegen den Sozialismus, die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung der Entwicklungsländer.
2. Die Ausweitung und Vertiefung der gegenwärtigen Internationalisierungsprozesse der Produktion, der Arbeitsteilung, der gegenseitigen Durchdringung und weiteren Verflechtung des Kapitals.
3. Die Tiefe der ökonomischen Erschütterungen der letzten 15 Jahre, die zwangsläufig neue Formen der internationalen staatsmonopolistischen Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik hervorrief und die

Entwicklung vielfältiger institutioneller Formen förderte, in denen Rahmen ein Meinungsaustausch und die Abstimmung der Positionen der kapitalistischen Länder zu aktuellen ökonomischen, politischen militärischen und Sicherheitsproblemen erfolgt.

Veränderte Kräftekonstellation zwischen den drei Zentren des Imperialismus

Auf die drei Machtzentren des Imperialismus - USA, Westeuropa und Japan - entfallen heute 80 Prozent der Industrieproduktion und 85 Prozent des Exports der kapitalistischen Welt. Das Kräfteverhältnis zwischen ihnen verändert sich ständig bei einer Tendenz der relativen Schwächung der Positionen der USA und eines relativen Erstarrens der Positionen seiner Rivalen - Westeuropas und Japans. Am deutlichsten setzt sich diese Tendenz im ökonomischen Bereich in einer bestimmten Angleichung der ökonomischen Kräftepotentiale der drei Zentren durch. Die Verkürzung des Abstands Westeuropas und Japans gegenüber den USA in wichtigen Kennziffern wie Investitionen, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsproduktivität, Waren- und Kapitalexport sowie im wissenschaftlich-technischen Niveau wird in den Fachkreisen einheitlich registriert. Wichtig hierbei ist das Eindringen des japanischen, besonders aber des westeuropäischen Kapitals in die Wirtschaft der USA, Westeuropas und Japans haben die USA in einigen ökonomischen Kennziffern bereits überholt. Das sind u. a.: Aufwand an Grundkapital pro Kopf der Bevölkerung; Investitionen pro Kopf der Bevölkerung, Sozialprodukt.

Die relative Annäherung im ökonomischen Entwicklungsstand der drei imperialistischen Machtzentren darf jedoch nicht überbewertet werden. Die USA halten weiterhin ihre Spitzenpositionen auf so aussichtsreichen Gebieten wie Erschließung des Kosmos und der Weltmeere, Produktion und Einsatz von EDV-Anlagen, Entwicklung neuer Maschinentypen und Technologien in der Energiewirtschaft, die ihnen schneller die industrielle Nutzung neuer Energieträger ermöglichten.

Für die andauernde, wenn auch schrumpfende „technologische Kluft“ zwischen den USA und den beiden anderen Zentren des Imperialismus sind vor allem folgende Ursachen hervorzuheben: die vor-

handene langwährende Überlegenheit in der Arbeitsproduktivität, die größere Aufnahmefähigkeit des USA-Binnenmarktes, ihr größeres Wissenschaftspotential und die engere Verflechtung von Wissenschaft und Produktion.

Eine nicht geringe Rolle spielen in dieser Hinsicht auch die bessere Anpassung des USA-Bildungswesens an die Produktion, der höhere Vergesellschaftungsgrad der Produktion, die große Dimension und die Komplexität der USA-Wirtschaft.

Obwohl hinter den USA zurückbleibend, sind Westeuropa und Japan heute wesentlich selbständiger als je zuvor und stärker als früher. Diese gewachsene Macht gestaltet es ihnen, ihre Interessen, die sich häufig von den US-amerikanischen unterscheiden, wirksam zu schützen. Ihr Anspruch auf gleichberechtigte Partnerschaft wird immer deutlicher artikuliert. Man darf auch diese Tendenz nicht verabsolutieren. Die USA verfügen in politischer Hinsicht über erhebliche, jedoch nicht unbegrenzte Möglichkeiten und Hebel, um Druck auf ihre Rivalen auszuüben. Die USA erreichten Anfang der 80er Jahre eine gewisse Konsolidierung ihrer politisch-strategischen Positionen. Diese fand ihren Ausdruck in der Zustimmung ihrer Verbündeten zum langfristigen Militärprogramm der NATO, zur Erhöhung der Mittelhaushalte, zur Stationierung von Mittelstreckenraketen. Sie konnten trotzdem keinen „Automatismus“ der Solidarität der Verbündeten auf ökonomischem und politischem Gebiet sichern. Diese waren nicht bereit, auf vorteilhafte ökonomische und politische Beziehungen mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern zu verzichten, sie leisteten Widerstand gegen ihre Hochzinspolitik, sie wirkten auf die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EWG und dem RGW sowie der NATO und dem Warschauer Vertrag.

Wir stellen unterschiedliche Standpunkte der USA, Japans und Westeuropas nicht nur in einzelnen taktischen Fragen fest, sondern im Herangehen an wichtige Weltprobleme, vor allem an die Entspannungspolitik. Dieses differenzierte Herangehen und die jeweiligen Interessenlagen der unterschiedlichen Abteilungen der Monopolbourgeoisie der drei Machtzentren des Imperialismus liefert interessante Ansatzpunkte - nicht mehr, aber auch nicht weniger - zur Durchleuchtung der Friedens- und Dialogpolitik, für die Politik der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern.

Prof. Dr. sc. S. LATCHINIÄN, Sektion Wirtschaftswissenschaften

K. Marx: Theorien über den Mehrwert, 10. MEW, Bd. 23, S. 329
W. I. Lenin: Die Agrarfrage in Russland des 19. Jahrhunderts, in: Werke, Bd. 13, S. 120

N ahezu täglich sind Schlagzeilen aus Lateinamerika zu vernehmen, die das Gebiet zwischen der Südgrenze der USA und Feuerland als einen Brennpunkt internationaler Klassenauseinandersetzung und als ein Zentrum des Ringens um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt ausweisen. Was für politische Schlagzeilen aus Lateinamerika sorgt, steht im untrennbaren Zusammenhang mit Grundtendenzen, die die Krise imperialistischer Vorherrschaft und abhängiger Kapitalismusedwicklung hervorbringen und sich in jüngster Zeit u. a. in Folgendem niederschlagen:

1. Erfolge historischer neuer Qualität konnten bei der Durchsetzung politischer Konfliktregelungen und friedlicher Zusammenarbeit zwischen den Staaten erreicht werden. Dies betrifft insbesondere die Tatsache, daß das politische Gewicht und die Ausstrahlung des sozialistischen Kuba in den letzten Monaten entscheidend gewachsen ist, und dies nicht nur, weil der Erzbischof von New York, Kardinal O'Connor, Anfang Mai 1988 die „Insel der Freiheit“ besuchte und sich von Fidel Castro begleiten ließ, um die sozialen Errungenschaften der Revolution zur Kenntnis zu nehmen. Es scheint unter bürgerlichen Regierungen in Lateinamerika politische Geflogenheit zu werden, den höchsten Repräsentanten des einzigen sozialistischen Landes in der westlichen Hemisphäre zur Amtseinführung neuer Präsidenten zu bitten. So geschah im August 1988, als Fidel Castro in der Hauptstadt Ekuadors Rodrigo Borja beglückwünschen konnte und natürlich nutzte er die Möglichkeit, seine Positionen zu den brennendsten Fragen unserer Zeit u. a. auf einer Internationalen stark beachteten Pressekonferenz umfangreich und offensiv vorzutragen. Die Wirtschaftsbeziehungen Kubas sind inzwischen nahezu allen lateinamerikanischen Staaten (außer Chile und Paraguay) wiederhergestellt. Beim Besuch des

SEMINAR zur internationalen

Entwicklung und zu aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Sicherung des Friedens
noch bis Dezember 1988 amtierenden mexikanischen Präsidenten, Miguel de la Madrid, wurde eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit vorsehbar, so daß ökonomische Schwierigkeiten leichter zu überwinden sein werden. Einst war Mexiko das einzige lateinamerikanische Land, das sich dem von den USA initiierten Boykott der kubanischen Revolution verweigert hatte. Heute kann dieser Boykott als gescheitert gelten. Bedeutende Veränderungen im Kräfteverhältnis werden auch darin deutlich, daß den USA die außenpolitische Isolierung der nikaraguanischen Revolution gar nicht erst gelang. Mit Unterstützung mehrerer lateinamerikanischer Regierungen und demokratischer Strömungen hat diese Volkrevolution trotz massiver militärischer und ökonomischer Belastungen standgehalten. Den Sandinisten gelang es, mit der Friedensakte von Guatemala (Esquipulas II) vom 7. August 1987, daß die bürgerlichen Regierungen Mittelamerikas souveräne Rechte des revolutionären Nikaragua zu akzeptieren hatten, was deren partielle Distanzierung von der gegenwärtigen Mittelamerika-Politik der USA einschließen mußte.

Im März dann sah die zerstrittene Contrabanda keine andere Möglichkeit, als in Sapoa einen Vertrag zu unterschreiben, der u. a. die zeitweise Feuerstellung beinhalten. Nun bezogen gerade in der letzten Zeit militärische Operationen sowie neuzeitliche Truppenkonzentrationen auf honduranischem Gebiet, daß die Gefahren für die junge Revolution nicht endgültig gebannt sind. Aber die Kräfte des Krieges und der Aggression sind weiter in die Defensive gedrängt worden, so daß sie heute für notwendig befinden, vor den Augen der Weltöffentlichkeit auf ein Ausnutzen der äußerst komplizierten wirtschaftlichen Situation nach den verheerenden Auswirkungen

SEMINAR zur internationalen Entwicklung und zu aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Sicherung des Friedens

Schlagzeilen aus Lateinamerika und ihr Hintergrund

THEMA 4: Der Kampf der Völker Lateinamerikas gegen die Vorherrschaft des Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt. Die feste Solidarität der DDR mit diesen Völkern.

gen des Wirbelsturmes „Joan“ von Anfang November zu setzen.

2. Lateinamerika wird in der Schlinge horrenden Auslandsverschuldung wirtschaftlich regelrecht stranguliert, so daß sich die Krise der abhängigen Kapitalismusedwicklung entscheidend verschärft hat. Im Jahr 1987 hat sich die Außenverschuldung aller Länder Lateinamerikas auf insgesamt 410 Milliarden Dollar erhöht. Es war und es ist der Preis einer Kapitalismusedwicklung, die sich in neokolonialistischer Abhängigkeit vollzieht und nicht zu fördern im Innern der Länder die Kapitalquellen erschließt, sich in die Fänge imperialistischer Geldverleiher zu begeben, die heute allein für die Zinsen etwa ein Drittel aller Exporterlöse Lateinamerikas kassieren.

Nun fließt reiche Dividende an die Wall Street, und zwar indem hauptsächlich den einfachen Leuten in die Taschen gegriffen wird. So haben sich allein im letzten Jahr die Preise in Brasilien verdreifacht, in Argentinien verdoppelt und in Mexiko stiegen sie auf 140 Prozent. „Wir können doch nicht Millionen Dollar Zinsen an die internationalen Banken abführen, während es unseren Ländern am Einfachsten...

mangelt und die Werkstätten Hungerlöhne erhalten“ - betonte beispielsweise kürzlich der Präsident des antiimperialistischen Bündnisses Breite Front in Uruguay, Liber Seregni. Dabei deutet bislang nichts auf eine Lösung des Schuldenproblems hin, denn die acht größten Gläubigerbanken der USA bleiben in ihren Forderungen unnachgiebig. Die Reagan-Administration erläßt erst jüngst ein neues Handelsgesetz, das den nordamerikanischen Markt noch strikter vor lateinamerikanischen Exporten abschottet. Sie waren in den letzten Jahren absolut gestiegen, aber ohne den Preisverfall von Hauptexportprodukten (Rohstoffe, Produkte der Leichtindustrie) ausgleichen zu können, wie sie für rückständige Länder typisch sind. So dreht sich immer schneller das Karussell, das Schuldendienst, Einkommensverlust, Sinken der Investitionen (in Argentinien um mehr als die Hälfte seit 1982), Einschränkung der Kaufkraft der Bevölkerung, Kapitalflucht (25 Milliarden Dollar jährlich), Neuverschuldungen und höheren Schuldendienst bewegt. Vor diesem Hintergrund wird langfristige politische Stabilisierung des machtpolitischen status quo unmöglich.

3. Immer stärker setzt sich die

Tendenz zum Zusammenschluß antiimperialistisch-demokratischer Kräfte durch, wenngleich je nach konkreten politischen Konstellationen darin Unterschiede zwischen den Ländern vorliegen. Diese Tendenz setzt sich durch, weil sich objektiv nur mit ihr Möglichkeiten verbinden, wesentliche Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände gegen den Widerstand der Herrschenden durchzusetzen. In den 80er Jahren waren es zunächst vornehmlich mittelamerikanische Länder, in denen die politische Formierung der Treibkräfte gesellschaftlichen Fortschritts qualitativ neue Züge ausprägte, was mit einer beschleunigten politischen Differenzierung der Bourgeoisie einherging. Um es nur an einem Beispiel kurz darzustellen: Seit 1980 entwickelt sich in El Salvador das demokratische Bündnis FDR, das von Anfang an auch bürgerliche Kräfte einschließt, stabil - obwohl sich die USA den Krieg gegen das Volk des kleinsten Landes auf dem mittelamerikanischen Isthmus täglich 2 Mio Dollar kosten lassen. Es ist inzwischen klar erwiesen, daß der christdemokratische Präsident Duarte weder die revolutionären Kräfte militärisch zu zerschlagen und politisch zu isolieren noch die Herrschenden zufriedenzustellen vermag. In diesem Dilemma befindet sich, spaltete sich seine Partei im Vorfeld der Wahlen im März 1989 erst kürzlich wieder, als sich die sog. Authentische Christdemokratische Bewegung (MADC) gründete um einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Dem zespalteten bürgerlichen Lager des „el breites Spektrum“ politischer Kräfte bis zur faschistischen ARENA-Partei mit dem Kandidaten Alfredo (Freddy) Cristiani umfaßt wird aber mit der „Demokratischen Konvergenz“ deren Mitglieder (MNR MPSC) Teil der FDR sind, ein geschlossener Block der Volkskräfte gegenüberstehen, der sich

übrigen keinen Illusionen über die Möglichkeiten bei Wahlen unter den Bedingungen erneut eskalierenden weißen Terrors hingibt. In Südamerika prägen sich im Verlaufe der 80er Jahre ebenfalls qualitativ neue Momente bei der politischen Formierung der Treibkräfte gesellschaftlichen Fortschritts aus.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die bereits erwähnte Breite Front in Uruguay, die trotz zehnjähriger Nacht faschistischer Diktatur gestärkt im politischen Leben des Landes steht, was in bedeutendem Maße das Verdienst der kommunistischen Partei war.

Um noch ein sehr aktuelles Beispiel zu nennen: Im antifaschistischen Kampf des chilenischen Volkes haben sich in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Organisationsformen herausgebildet (Front der Volksaktion - FRAP; Vereinigte Linke - IU) die sich schließlich im gemeinsamen „Nein“ gegen Pinochet beim Plebiszit am 5. Oktober fanden und damit eine Wiederholung des Coups von 1980 verweigerten. Die Diktatur scheidemokratisch legitimieren zu lassen. Dieser Erfolg antifaschistischen Kampfes stand im untrennbaren Zusammenhang mit der seit 21. August 1988 wiederhergestellten Gewerkschaftseinheit im CUT. Daß die Mitglieder der Vereinigten Linken (Hauptströmung KP, MAPU, MIR und der Alameda-Flügel der SP) enger zusammengepackt sind und die Breite Partei der Sozialistischen Linken (PAIS) am 17. November gebildet haben, gibt dem wachsenden Gewicht revolutionärer Kräfte im antifaschistischen Kampf Ausdruck.

In Chile wie anderswo in Lateinamerika reifen die Bedingungen für neue Klassenauseinandersetzungen heran, die auch für uns eine ständige Herausforderung bleiben werden, weil die Kräfte der Friedens und des Fortschritts aktiver internationaler Solidarität bedürfen.

Dr. PETER FELENBERG, Sektion Wiss. Kommunismus